

VP-Juraczka: Zwei Drittel der Geschäftsleute auf der Mariahilfer Straße gegen Verkehrsberuhigung

Utl.: 771 Geschäftsleute der Mariahilfer Straße gaben eine gültige Stimme ab - 67,7 Prozent stimmten für den Rückbau, 32,3 Prozent für die Verkehrsberuhigung der Mariahilfer Straße =

Wien (OTS) - Rund zwei Drittel der befragten Geschäftsleute auf der Mariahilfer Straße stimmten gegen eine Verkehrsberuhigung der größten Einkaufsstraße Österreichs, verkündete heute der Landesparteiobmann der ÖVP Wien, Stadtrat Manfred Juraczka, im Rahmen der Auszählung der abgegebenen Stimmen. Im Laufe der vergangenen Woche besuchten "fliegende Wahlkommissionen" der ÖVP Wien alle ebenerdigen Geschäfte auf der Mariahilfer Straße als auch in den Seitengassen zwischen Gumpendorfer Straße und Lerchenfelder Straße. 814 Geschäftsleute haben dazu ihre Stimme abgegeben, darunter 43 sogenannte "ungültige" Stimmen, da in den meisten Fällen sowohl Antwortmöglichkeit B als auch eine Unterkategorie von A angekreuzt wurde. Von 771 gültigen Stimmen stimmten 522 bzw. 67,7 Prozent für Antwortmöglichkeit B und damit dafür, dass die Verkehrsberuhigung rückgängig gemacht werde, 249 bzw. 32,3 Prozent für Antwortmöglichkeit A und damit für die Beibehaltung der Verkehrsberuhigung. "Bei diesen Vorbehalten der Unternehmerinnen und Unternehmer kann ich niemandem die Antwortmöglichkeit A empfehlen", so Juraczka. Dies wäre ein "Selbstmord mit Anlauf".

Grundsätzlich sei eine "handwerklich richtig umgesetzte" Fußgängerzone im Kernbereich der Mariahilfer Straße für die ÖVP Wien nie ein großes Problem gewesen, so Juraczka. "Aber ein Herumdoktern auf Österreichs größter Fußgängerzone geht einfach nicht", so der Wiener Landesparteiobmann. Auch wäre es mutwillig und gefährlich, gegen zwei Drittel der Unternehmer vorzugehen, auch im Hinblick auf die tausenden Arbeitsplätze, die es zu verteidigen gelte. Sollte allerdings die Mehrheit der Anrainer dennoch für eine Verkehrsberuhigung stimmen, "muss sich die Stadträtin umgehend mit der Wirtschaftskammer und den Geschäftsleuten zusammensetzen, um eine praktikable Lösung mit sinnvollen Querungen zu erarbeiten". Schließlich habe die Wirtschaftskammer Wien immer Gesprächsbereitschaft signalisiert, wenn die Verkehrsberuhigung nicht auf dem Rücken der Unternehmerinnen und Unternehmer ausgetragen werde. "Verkehrspolitik eignet sich nicht für Polarisierung, hier

braucht es ein Miteinander", so Juraczka weiter.

Heftige Kritik übte Juraczka einmal mehr an den hohen geplanten Kosten von 26 Millionen Euro für den Umbau der Mariahilfer Straße. Mit den Kosten der Informationskampagne sowie den bereits erfolgten Umbauarbeiten käme man jedenfalls auf Kosten von über 30 Millionen Euro. Und das obwohl die Mariahilfer Straße eine "funktionierende" Einkaufsstraße sei, was man schließlich nicht von allen Einkaufsstraßen Wiens behaupten könne. "Es stellt sich auch die Frage, warum man das viele Geld nicht in jene Einkaufsstraßen investiert habe, die dringend Investitionen für ein optimales Funktionieren brauchen könnten", so Juraczka abschließend.

Unter den abgegebenen A-Stimmen sprachen sich 77,6 Prozent für Querungen aus. 50,9 Prozent für ein erlaubtes Radfahren in der Fußgängerzone.

~

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien

Tel.: (+43-1) 4000 /81 913

mailto: presse.klub@oevp-wien.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/10164/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0079 2014-02-17/11:30

171130 Feb 14

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140217_OTS0079